

Offizielle
Arbeitslosigkeit im
November 2017

2.368.411

Tatsächliche
Arbeitslosigkeit im
November 2017

3.334.762*

*** Nicht berücksichtigt wurden:**

Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II	163.516
Ein-Euro-Jobs	77.812
geförderte Arbeitsverhältnisse	6.876
fremd geförderte Arbeitsverhältnisse	266.746
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	15.201
berufliche Weiterbildung	163.754
Aktivierung und berufliche Eingliederung	193.101
Beschäftigungszuschuss für schwer vermittelbare Arbeitslose	2.332
Krankheit (§146 SGB III)	77.013
Nicht gezählte Arbeitslose gesamt	966.351

Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Arbeits- und
Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht 11/2017

Arbeitsmarkt - Jubelmeldungen sind
nicht angebracht

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 30. November
2017

„Jubelmeldungen sind nicht angebracht.
Deutlich mehr als zwei Millionen Menschen sind
noch immer offiziell als erwerbslos registriert.
Dazu kommen noch einmal rund eine Million
Menschen, die aus der Statistik
herausgerechnet werden, etwa weil sie in

Maßnahmen oder kurzfristig arbeitsunfähig sind. Hunderttausende Langzeiterwerbslose, Ältere und Menschen mit Behinderungen haben kaum Jobperspektiven. Die scheidende und jetzt geschäftsführende Bundesregierung hat eindeutig versagt. Ihre Arbeitsmarktpolitik war und ist von Stillstand geprägt. Es muss endlich einen Kurswechsel geben. Dazu gehört der längst überfällige Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit existenzsichernden Löhnen und guten Arbeitsbedingungen“, erklärt Sabine Zimmermann, stellvertretende Vorsitzende und Arbeitsmarktexpertin der Fraktion DIE LINKE, zum aktuellen Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit. Zimmermann weiter:

„Die Untätigkeit der Bundesregierung hat auch Auswirkungen auf die, die in Arbeit sind. 1,2 Millionen Erwerbstätige müssen ihr Einkommen mit ergänzendem Hartz IV aufstocken. Mehr als jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte arbeitet zu einem Niedriglohn. Unfreiwillige Teilzeit und Befristungen sind an der Tagesordnung. Es müssen endlich die Rahmenbedingungen für gute Arbeit geschaffen werden. Der Mindestlohn muss auf zwölf Euro erhöht und Leiharbeit verboten werden. Ein Rückkehrrecht in Vollzeit muss endlich eingeführt werden und sachgrundlose Befristungen dürfen nicht länger möglich sein.“